

Stefan Weber

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster

Rede zum städtischen Haushalt 2025

Rathaus zu Münster, 11. Dezember 2024

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Oberbürgermeister, meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In Zeiten wie diesen kommt es mehr denn je darauf an, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Mit Blick auf die finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland lässt die Betrachtung nur einen Schluss zu: Wir leben über unsere Verhältnisse und müssen deshalb alles unterlassen, was diese Lage verschärft, und alles tun, was für die Gegenwart und Zukunft wichtig ist. Baumschutzbürokratie, Windelzuschüsse und Mähroboterverbote gehören ganz sicher nicht dazu.

In Gemeinden, Städten und Kreisen wird das Geld knapp. Kämmerer müssen Ausgaben kürzen. Wie das Statistische Bundesamt kürzlich vorrechnete, fehlten im ersten Halbjahr 2024 in den Haushalten der Kommunen 17,3 Milliarden Euro – zehn Milliarden mehr als im Jahr davor. Und der Deutsche Städtetag verweist auf eine Umfrage in Nordrhein-Westfalen, wonach dort kaum eine Stadt oder Gemeinde damit rechnet, in den kommenden fünf Jahren einen ausgeglichenen Haushalt hinzukriegen. Das Geld reicht nicht mehr, nicht nur in Berlin, wo darüber eine Regierung zerbrochen ist.

Der Kämmerer der Stadt Göttingen hat kürzlich der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung erzählt, was nicht nur die Lage in der südniedersächsischen Universitätsstadt beschrieb. Ende des vergangenen Jahrzehnts ging es finanziell einigermaßen gut. Dann kamen die Krisen mit den enormen Kosten für Flüchtlingsunterbringung oder für Energie. Auf der anderen Seite lässt sich nicht absehen, wie sich die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands mit Rezession und Inflation auf die Gewerbesteuerzahlungen auch in Münster auswirken wird. Es ist mit Verwerfungen zu rechnen.

Die Einnahmen werden bestenfalls stagnieren, und die Ausgaben steigen weiter. Die Aufwendungen laufen uns davon für Sozialleistungen, Zinsen und Löhne im öffentlichen Dienst. Bundestag und Bundesrat beschließen immer mehr Leistungen, lassen die Kommunen aber auf dem Großteil der Kosten sitzen. Aktuell schultern die Kommunen nach Berechnungen des Deutschen Landkreistages ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, bekommen aber nur etwa ein Siebtel der Steuereinnahmen. Wenn uns Bund und Länder Aufgaben zuweisen, dann müssen sie auch die dafür nötigen Mittel bereitstellen.

Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, den städtischen Haushalt als Beschluss zur politischen Zukunftsvorsorge zu verstehen. Aber die Grünen lassen die Kämmerin im Regen stehen und klare Konsolidierungsziele vermissen.

Dieser Haushalt ist der letzte der im Herbst 2025 zu Ende gehenden Ratsperiode. Unter der Führung der Grünen hat eine Rathausmehrheit, die nicht erst seit dem jüngsten Beitritt der FDP ziemlich zusammengewürfelt wirkt, etliche kommunalpolitische Fehlentscheidungen getroffen.

Ein verheerendes Beispiel geht in das Jahr 2018 zurück. Sechs Jahre später geht es um die geplante Verlagerung der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) für 500 Flüchtlinge vom Gelände der ehemaligen York-Kaserne in Gremmendorf auf das Areal der früheren Kaserne Alter Pulverschuppen. Damit verbunden ist eine Steuerverschwendung, wie Münster sie noch nicht erlebt hat. Verantwortlich für diesen Skandal sind Grüne und SPD.

Die ZUE wäre längst in Gremmendorf und aus Münster abgezogen, wenn SPD und Grüne nicht eine 2017 ausgehandelte Vereinbarung von Oberbürgermeister Markus Lewe mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Rat blockiert hätten. Das Land war bereit, die Einrichtung aus Münster abzuziehen, und wollte dafür eine Ausländerbehörde mit 100 Arbeitsplätzen in Münster ansiedeln. Diese Behörde, die nach Recht und Gesetz den Schutz vor illegaler Migration oder straffällig gewordenen Asylbewerbern durch Abschiebungen vorzubereiten hat, war Grünen und SPD nicht willkommen. Das kann sich heute angesichts der politischen Lage niemand mehr vorstellen. Es bleibt ein abschreckendes Beispiel kommunalpolitischer Kurzsichtigkeit mit verhängnisvollen Folgen für die Finanzen der Stadt und damit für das Geld der Steuerzahler.

Allein für 40 Millionen Euro muss die Stadt Münster nun eine neue Flüchtlingsunterkunft am Pulverschuppen errichten, damit die Einrichtung aus Gremmendorf abziehen und dort der Bau neuer Wohnungen weitergehen kann. Hätten Grüne und SPD im Rat der Stadt die Ansiedlung der Ausländerbehörde in Münster nicht abgelehnt, wäre der Stadt viel erspart geblieben. Nun muss Münster auf eigene Kosten ein Ausweichquartier schaffen, und die Behörde sitzt in Coesfeld. Das ist nur noch beschämend und getrieben von einer Politik ohne Realitätsbezug und exorbitanter Steuerverschwendung.

Ein weiteres Beispiel für das kommunalpolitische Versagen der Linkskoalition ist der Wohnungsbau. Nicht nur die auseinandergefallene Bundesregierung verfehlt ihre Ziele deutlich. Auch in der stark wachsenden Stadt Münster bleibt die Lage höchst angespannt, weil SPD, Grüne und Volt bei der Ausweisung neuer Baugebiete und damit bei der einzig wirksamen kommunalen Maßnahme gegen Wohnungsgenpässe versagen.

Erst sind Grundstücke für Baugebiete angekauft worden, aber deren Planung und Vermarktung wird von den Grünen blockiert. So wird Steuergeld vergeudet und ein massives Problem nicht gelöst, sondern nur verschärft, vor allem auf Kosten von Mietern und jungen Familien.

Zu den Zielen der CDU gehört es, diese verhängnisvolle Politik der wohnungspolitischen Blockade aufzulösen durch die Wiederaufnahme der Planungen und Vermarktung dieser Baugebiete:

- Frankenweg: 20 Wohneinheiten, 3,85 Millionen Euro Einnahmen für die Stadt.
- Angelmödder Weg: 180 Wohneinheiten, 12,23 Millionen Euro Einnahmen für die Stadt.
- Vogelstange Hilstrup: 60 Wohneinheiten 5,86 Millionen Euro Einnahmen für die Stadt.
- Moorhock Kinderhaus: 44 Wohneinheiten, 3,05 Millionen Euro Einnahmen für die Stadt

Das sind insgesamt 304 Wohneinheiten mit einem Verkaufswert von über 25 Millionen Euro. Diese Flächen müssen entwickelt werden, um den großen Wohnungsbedarf zu decken und finanzielle Spielräume für die Stadt zu schaffen.

Dringend erforderlich ist auch eine viel intensivere Vorratspolitik für Gewerbeflächen.

Bei digitalen Dienstleistungen für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgernähe üben sich die Grünen lieber in Provokationen, statt Lösungskonzepte umzusetzen.

Dringend benötigte Mittel für Einrichtungen wie den Mühlenhof oder das Sportangebot im stark wachsenden Gremmendorf werden gestrichen, während Geld für aktuell unrealistische Projekte wie das Westbad mit 250.000 Euro Planungskosten ausgegeben wird.

Für die so wichtige Zusammenarbeit mit dem Münsterland haben Grüne, SPD und Volt einfach kein Gespür. Das schadet Münster. In dieses Bild passt es, die kommunale Zusammenarbeit im Münsterland dadurch zu gefährden, dass die städtischen Beiträge zum gemeinsam mit den Kreisen finanzierten Münsterland e. V. einseitig halbiert werden sollen.

Für ein Versagen muss man die Linkskoalition aber auch mal loben. Verkehrstechnisch hat sie Gewaltiges angekündigt wie die reihenweise Schließung von Parkhäusern und eine autofreie Stadt, aber zum Glück nichts davon zustande bekommen. Stattdessen beerdigen die Grünen sinnvolle Projekte wie den Loop und setzen auf Symbolpolitik mit dem Gesamtergebnis eines Fortfalls von 42 Parkplätzen am Domplatz. Der wortgewaltige Kampf gegen das Auto ist ein Fehler.

Die beabsichtigte FMO-Schließung endete mit dem gutachterlichen Ergebnis, dass durch Umwegfahrten zu anderen Flughäfen mehr CO₂ freigesetzt wird als mit dem Fortbetrieb des Flughafens, der ab dem Jahr 2030 CO₂-frei betrieben werden wird. Jede einseitige Verkehrspolitik führt zum Misstrauen gegenüber Politikern, die bei dem Thema kein Gespür für die Lebensrealität der Wähler haben.

Innerhalb von zwei Jahren haben sich die Grünen vom Medienliebling zur unbeliebtesten Partei entwickelt. Nur die AfD ist völlig zurecht noch weniger gelitten. „Manchmal geht alles ganz schnell“, schreibt der Historiker Andreas Rödder, und er fährt fort (ich zitiere): „Alle 15 bis 20 Jahre hat die Bundesrepublik einen solchen Paradigmenwechsel erlebt: Mit dem ersten Ölpreisschock ging im Jahr 1973 das Ende der Modernisierungsideologie einher; der Fall der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze markierte das Ende des Kalten Krieges; die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 stellte die Hegemonie der neoliberalen Deutungsmuster infrage. Und die Krisen des Jahres 2023 zerstörten das grüne Paradigma, das in Deutschland seither die Oberhand gewonnen hatte.“

Die heutige Ratsmehrheit verliert sich in symbolpolitischem Kleinklein. Münster braucht einen klaren Kurs. Die CDU ist dazu bereit und setzt auf das Vertrauen der Wähler im September 2025.

Wir wollen den Schlingerkurs der linken Mehrheit in Münsters Rathaus beenden. Die heutige Rathaus-Mehrheit bietet einer der wachsenden Großstadt Münster einfach zu wenig.

Das wollen wir ändern. Für die Nachfolge von Markus Lewe haben wir mit LWL-Direktor Dr. Georg Lunemann einen Oberbürgermeister-Kandidaten aus dem höchsten und besten Fach, dessen Bereitschaft die CDU begeistert und in der ganzen Stadt Münster sofort mit großem Respekt aufgenommen worden ist.

Ich zitiere Georg Lunemann, mit dem wir uns für eine neue Mehrheit in Münster und eine kommunalpolitische Konzentration auf das Wesentliche einsetzen, abschließend wörtlich: „Münster steht immer noch besser da als andere, aber Städte behalten ihre Bedeutung nicht von selbst, sondern müssen entschlossen gestaltet werden.“